

Zeitschrift: Geomatik Schweiz : Geoinformation und Landmanagement =
Géomatique Suisse : géoinformation et gestion du territoire =
Geomatica Svizzera : geoinformazione e gestione del territorio

Herausgeber: geosuisse : Schweizerischer Verband für Geomatik und
Landmanagement

Band: 108 (2010)

Heft: 2

Artikel: Globale Umweltpolitik : Regeln für einen Planeten mit Grenzen

Autor: Oberle, Bruno

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-236672>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Globale Umweltpolitik: Regeln für einen Planeten mit Grenzen

Wohlfahrt, Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden sind in einer Welt, die ihre Lebensgrundlagen stetig mehr aushöhlt, auf die Länge nicht aufrecht zu erhalten. Die Völkergemeinschaft muss Regeln entwickeln, nach denen sich Nutzung, Schutz und Verteilung der beschränkten natürlichen Ressourcen steuern lassen.

B. Oberle

Die Schweiz ist arm an Rohstoffen. So steht es in jedem Lexikon. Kein Öl, kein Gold, keine Mineralien. Was im eigenen Land fehlt, muss von aussen kommen, und wer auf andere angewiesen ist, muss die Beziehungen pflegen. Kein Wunder, war Aussenpolitik eine der ersten Staatsaufgaben der jungen Schweiz. Die Schweiz ist aber nicht nur arm, ganz im Gegenteil. Sie ist reich an Kapital, an Know-how, an sozialen und politischen Institutionen, und sie ist nicht zuletzt auch reich an einigen sehr wertvollen natürlichen Ressourcen: Wasser, attraktive Landschaften, Lebensqualität. Doch auch wer reich ist, hat guten Grund, Beziehungen mit der Aussenwelt hoch zu schätzen. Schliesslich macht die Umwelt selten vor nationalen Grenzen Halt: Das Klima wird global geregelt, Wind und Gewässer transportieren Schadstoffe, Tiere und Pflanzen verbreiten sich weltweit. Auch den Technologien, mit denen der Mensch seine Umwelt verändert, sind keine nationalen Grenzen gesetzt, und die so produzierten Güter reisen rund um den Erdball.

Die Erde stösst an ihre Grenzen

1972 gab der *Club of Rome* mit seinem Bericht «Die Grenzen des Wachstums» den Startschuss für eine Debatte zur Endlichkeit der natürlichen Ressourcen. Die Diskussion litt damals noch unter ideologischem Ballast, und es fehlte technisches Wissen. Doch die Kernfrage bleibt sich bis

heute gleich: Wie kann ein endlicher Planet den stetig wachsenden Bedürfnissen der Menschheit gerecht werden?

An der Klimaerwärmung zeigen sich die globalen Grenzen der Erde ganz konkret: Die Aufnahmefähigkeit der Erdatmosphäre für CO₂ und andere Klimagase ist erschöpft, wir bezahlen für jede ausgestossene Tonne mit einem Anstieg des Meeresspiegels, mit einem höheren Risiko für Naturgefahren, mit einer zunehmenden Wahrscheinlichkeit der Ausbreitung von Krankheiten...

Aber auch hierzulande sind die Grenzen des Wachstums augenfällig: Über sieben Millionen Bewohner und Bewohnerinnen teilen sich mit all ihren Ansprüchen eine Fläche von etwas mehr als 40 000 Quadratkilometern und erfahren dabei, welche enge Grenzen ihnen gesetzt sind, wenn es darum geht, neue Nutzungen anzusiedeln. Kaum verwunderlich: Auf dem Territorium der heutigen Schweiz lebte im 15. Jahrhundert etwa ein Siebtel der derzeitigen Bevölkerung.

Mehr Menschen mit höheren Konsumansprüchen

Damit sind die beiden Ursachen angesprochen, derentwegen die Menschheit an ihre Grenzen stösst: Sie wächst zahlenmässig zu stark, und ihre Konsumansprüche steigen. Und dies sowohl im reichen Norden als auch – beschleunigt – in den sich rasch entwickelnden Industrieländern des Südens wie China, Indien, Brasilien oder Südafrika.

Während die Schweiz im 21. Jahrhundert kaum mehr Anteil am globalen Bevölkerungswachstum hat, ist ihr Konsum beachtlich. Unser ökologischer Fussabdruck

ist fast zweieinhalbmal zu gross: So viel mehr natürliche Ressourcen verbrauchen die Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz im Durchschnitt, als die Erde pro Kopf der Bevölkerung dauerhaft bereitstellen kann.

Regeln für mehr Gerechtigkeit

Dieser Konsum von Energie und Gütern ist weder nachhaltig noch gerecht. Das Menschenrecht auf eine angemessene Versorgung ist so weder für unsere noch für zukünftige Generationen gewährleistet. Ohne ausreichende Ressourcen ist keine Produktion, keine Wirtschaft möglich, und die Linderung von Not und Armut bleibt eine Illusion. Wie die Konflikte um den Zugang zu Wasser im Nahen Osten zeigen, ist sogar das friedliche Zusammenleben der Völker in Gefahr.

Die Völkergemeinschaft muss deshalb wirksame, von allen getragene Regeln entwickeln, nach denen die Nutzung, der Schutz und die Verteilung der beschränkten natürlichen Ressourcen gesteuert werden können. Dabei gilt es zunächst einmal, für jede natürliche Ressource den maximal zulässigen Verbrauch festzulegen. Erst dann lässt sich vernünftig über die Verteilung und den Zugang reden.

Den Verbrauch begrenzen

Welche Institutionen diese Fragen verlässlich und gerecht beantworten können und wie die Umsetzung der Beschlüsse von den einzelnen Staaten einzufordern ist, dürfte schwierig festzulegen sein. Als technisch fortschrittliche und wohlhabende Ökonomie ist die Schweiz jedoch in der Lage, wegweisende Lösungen vorzuschlagen – und auch vorzuleben. Als kleiner, mit dem internationalen Ressourcenhaushalt intensiv vernetzter Staat sind wir gefordert und berufen, an der Ausgestaltung der Regeln aktiv mitzuwirken.

Bruno Oberle
Direktor BAFU
Bundesamt für Umwelt
CH-3003 Bern